

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Annelie Buntenbach**

**Geschäftsführender Bundesvorstand des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes**

**„Sichere Arbeitsplätze statt prekäre Jobs“**

**DGB-Vorschlag**

**zur Reform der Kleinstarbeitsverhältnisse**

**Statement zur Pressekonferenz**

**Berlin, 15. März 2012**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein wesentlicher Grund für den seit Jahren wachsenden Niedriglohnsektor ist der ungebremste Boom von Kleinstarbeitsverhältnissen.

Reguläre Vollzeit- oder Teilzeitstellen werden verdrängt und zerlegt. Aus Arbeitsplätzen werden „Jobs“ gemacht – zumeist zu miserablen Arbeitsbedingungen, schlechter Bezahlung und ohne soziale Absicherung.

Wir wollen diese Zersplitterung der Beschäftigung ändern – für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Hintergrund für den Boom der Kleinst-Jobs sind Fehlanreize, die diese Jobs besonders attraktiv für Arbeitgeber machen. Wir wollen dies beenden und die Anreize so setzen, dass reguläre Beschäftigung gefördert wird.

Zehn Jahre nach der Einführung arbeiten 20 Prozent der Beschäftigten in Deutschland – knapp 7,4 Millionen – in Mini-Jobs. Rund 4,9 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind ausschließlich in Mini-Jobs tätig. Das sind eine Million mehr als 1999.

Die ursprünglichen Ziele der Mini-Job-Reform von 2003 wurden nicht erreicht. Der Mini-Job ist kein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt, also in reguläre Beschäftigung – wie es von Arbeitgeberseite gern behauptet wird.

Im Gegenteil: Vor allem Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte und auch vor allem Frauen sind in den Kleinstarbeitsverhältnissen gefangen, buchstäblich sind sie in Kleinstarbeitsverhältnissen im Niedriglohnsektor eingemauert.

Dabei will die Mehrzahl länger arbeiten. Viele streben eine Beschäftigung an, die in etwa so hoch liegt wie bei anderen Teilzeitkräften zwischen 20 bis 25 Stunden.

In vielen Bereichen werden von den Arbeitgebern vor allem Mini-Jobs angeboten, andere Chancen erhalten die Beschäftigten erst gar nicht. Arbeitslose haben – vor allem im Handel, in der Gastronomie, in der Gebäudereinigung oder sogar im Gesundheitswesen – oft gar keine andere Wahl. Wie stark zerstückelt der Arbeitsmarkt ist, zeigt die Gastronomie: Auf einen regulär Beschäftigten kommt bereits ein Minijobber bzw. eine Minijobberin.

Die besonderen Rahmenbedingungen dienen den Arbeitgebern als Hebel zum systematischen Lohndumping. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden durch die geringfügige Beschäftigung gefügig gemacht.

Minijobs gehen oft einher mit unbezahlten Überstunden, die kaum zu kontrollieren sind. Leistungen wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Urlaubstage werden, obwohl sie gesetzlich zustehen, von den Arbeitgebern oftmals vorenthalten.

Und der durchschnittliche Verdienst der Mini-Jobber ist nicht etwa 400 Euro: Mini-Jobber bekommen im Schnitt nur ca. 265 Euro im Westen – in Ostdeutschland sind es 215 Euro. Mehr als drei Viertel der Mini-Jobber erhalten einen Stundenlohn von unter 8,50 Euro.

Fazit: Der Minijobbereich ist ein extremer Niedriglohnsektor. Der Mini-Job ist eine Armutsfalle. Arbeitnehmerrechte werden mit Füßen getreten.

Deshalb ist es höchste Zeit für eine Reform der kleinen Beschäftigungsverhältnisse.

Das Besondere an den Mini-Jobs ist, dass die 400 Euro brutto wie netto gelten. Die Beschäftigten zahlen weder Steuern noch Abgaben. Die Arbeitgeber zahlen eine Pauschalsteuer von zwei Prozent und eine Pauschale für die Gesetzliche Renten- und Krankenversicherung von insgesamt 28 Prozent (13 Prozent Renten- / 15 Prozent Krankenversicherung).

Klingt gut, ist es aber nicht. Die Mini-Jobber sind nicht die Gewinner, sondern die großen Verlierer der Mini-Job-Regeln.

Der Wechsel in normale Beschäftigung wird durch die Mini-Job-Regeln erschwert. Das zeigt der Vergleich von Mini- und Midi-Jobs: Während im Einkommensbereich bis 400 Euro 7,5 Millionen Arbeitsplätze existieren, sind es in der Gleitzone 400 bis 800 Euro nur 1,3 Millionen.

Die Minijob-Regelung verzerrt also den Arbeitsmarkt und behindert die Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials. Angesichts des Fachkräftemangels und der demografischen Veränderungen kann dieser Zustand nicht länger hingenommen werden.

Außerdem sind Mini-Jobber ohne die nötige soziale Absicherung. Sie erwerben keine vollwertigen Pflichtbeitragszeiten in der Rentenversicherung und haben keinen eigenen Anspruch auf die Gesetzliche Krankenversicherung oder die Arbeitslosenversicherung.

Das bedeutet, es wird kein Arbeitslosengeld gezahlt, wenn Mini-Jobber arbeitslos werden.

Die mangelnde soziale Sicherung hat insbesondere bei Arbeitslosigkeit und im Alter negative Folgen. Altersarmut vor allem auch von Frauen ist so vorprogrammiert.

Weder Männer noch Frauen wollen in der traditionellen Rollenverteilung verharren, die Frauen auf einen Status als ‚Zuverdienerin‘ festlegt. Insbesondere junge, gut ausgebildete Frauen streben eine eigenständige Existenzsicherung an.

Doch die Wirklichkeit ist anders. Der Mini-Job ist weiblich – zwei Drittel der Beschäftigten in Mini-Jobs sind Frauen. Da sie zumeist in die Steuerklasse V fallen, tritt oberhalb von 400 Euro eine verhältnis- bzw. unverhältnismäßig hohe Steuerbelastung an.

Sie wird von Arbeitgebern genutzt, um Arbeitnehmerinnen von der angeblich günstigeren Alternative des Mini-Jobs zu überzeugen: „Brutto gleich Netto“, heißt es dann – und der Stundenlohn wird gleich deutlich niedriger angesetzt.

So wird die Steuerpauschale für Arbeitgeber zum Hebel, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Druck zu setzen, niedrige Löhne zu akzeptieren. Hierdurch werden die Löhne gedrückt und das Tarifsysteem unterlaufen. Die wahren Profiteure sind die Arbeitgeber.

Wir wollen die Mini-Job-Mauer sprengen. Unsere Richtschnur für eine „Neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt“ ist die volle Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse. Das muss auch und vor allem für Teilzeit gelten.

Wir fordern deshalb eine gesetzliche Neuregelung der bisher geringfügig entlohnten Arbeitsverhältnisse. Dazu gehören:

1. ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde.  
Es darf nicht länger so sein, dass unter dem Deckmantel der Mini-Jobs Hungerlöhne gezahlt werden.
2. Wir wollen die volle soziale Absicherung der Beschäftigten ab der ersten Arbeits-

stunde.

Dazu schlagen wir vor, die heute schon bestehende Gleitzone zwischen 400 und 800 Euro, in der die Beiträge mit zunehmendem Einkommen ansteigen, ab dem ersten Euro zu beginnen.

Dabei tragen die Arbeitgeber im unteren Einkommensbereich einen höheren Anteil, der langsam abgeschmolzen wird. Der Beitrag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt anfangs bei Null und steigt langsam an.

Trotz des geringen anteiligen Beitrags erhalten die Beschäftigten den vollen Schutz der sozialen Sicherung. Ab 800 Euro gilt dann die paritätische Finanzierung der Sozialversicherung.

### 3. Wir wollen die pauschale Besteuerung verändern.

Es darf keine steuerlichen Anreize für Arbeitgeber zum Lohndumping geben. Deshalb sollen auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in die allgemeine Steuersystematik integriert werden.

Erwerbstätige Ehepartner sollten verpflichtend nach dem Faktor-Verfahren besteuert werden. Hierbei werden die persönlichen Steuerfreibeträge jedem Partner individuell zugeordnet. Die Steuerbelastung des Haushaltes insgesamt ändert sich dadurch nicht.

Zur Anpassung schlagen wir eine Übergangsfrist von bis zu drei Jahren vor. In diesem Zeitraum soll die Arbeitgeberpauschale von zwei auf fünf Prozent angehoben werden.

Eine solche Mini-Job-Reform hat deutliche Vorteile: Das Angebot an regulärer und sozial abgesicherter Teilzeit wird steigen, und das Arbeitskräftepotential wird ausgeschöpft.

Die Beschäftigten haben die Chance auf ein höheres Einkommen für die geleistete Arbeit.

Außerdem haben auch die Beschäftigten in Kleinstarbeitsverhältnissen die volle soziale Absicherung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie fürs Alter.

Die Anreize zum Lohndumping entfallen. Die Mini-Job-Mauer wird eingerissen, und die Türen für eine Teilzeit-Offensive mit sozialer Absicherung werden weit geöffnet.

Dies ist ein Schritt auf dem Weg zu einer Neuordnung am Arbeitsmarkt, der dazu führen soll, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können, besser sozial abgesichert sind – und nicht mehr so erpressbar.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.